



Die IHKs
in Mecklenburg-Vorpommern

Gemeinsam Mecklenburg-Vorpommern voranbringen!

Forderungen der Industrie- und Handelskammern des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Legislaturperiode 2016-2021

IHK zu Schwerin
Ludwig-Bölkow-Haus
Graf-Schack-Allee 12
19053 Schwerin

IHK zu Rostock
Ernst-Barlach-Straße 1-3
18055 Rostock

IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern
Katharinenstraße 48
17033 Neubrandenburg

August 2016

Vertretung der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Die drei Industrie- und Handelskammern in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin möchten „Gemeinsam Mecklenburg-Vorpommern voranbringen!“

Gemeinsam heißt, im konstruktiv-kritischen Dialog mit Vertretern der Politik, den Verbänden und allen wirtschaftspolitisch-aktiven Partnern.

Aus diesem Grund haben die IHKs in Mecklenburg-Vorpommern einen Katalog mit 12 Forderungen für die nach dem 04. September anstehende Legislaturperiode bis 2021 formuliert.

Mecklenburg-Vorpommern hat sich, und das belegen insbesondere die aktuellen IHK-Konjunkturberichte, gut entwickelt und ist auf einem guten Weg.

Doch der Aufholprozess zu den westlichen Bundesländern ist lange noch nicht abgeschlossen.

Hier gilt es, mit Beharrungsvermögen, Kreativität und wirtschaftspolitischer Weitsicht unternehmensorientierte Rahmenbedingungen zu schaffen um nachhaltig die Potenziale für wirtschaftliches Wachstum zu schaffen.

Also, bringen wir gemeinsam Mecklenburg-Vorpommern voran!

Die IHKs in Mecklenburg-Vorpommern

Hans Thon
Präsident
der geschäftsführenden IHK zu Schwerin

Siegbert Eisenach
Hauptgeschäftsführer
der geschäftsführenden IHK zu Schwerin

Vertretung der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Forderungen der Industrie- und Handelskammern des Landes Mecklenburg-Vorpommern

1. Standortmarketing: Stärken herausstellen!

Mecklenburg-Vorpommern ist ein lebenswerter Wohn- und Arbeitsstandort. Das Bundesland kann auf eine Vielzahl von herausragenden Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen verweisen. Diese positiven Besonderheiten des Landes müssen neben den vielfältigen Natur- und Kulturräumen stärker beworben werden. Mecklenburg-Vorpommern ist auch ein starker Wirtschaftsraum geworden, dessen technologische und industrielle Leistungsfähigkeit in das Landesmarketing einbezogen werden muss.

2. Berufliche Bildung sichert die praktisch qualifizierten Fachkräfte und sorgt für einen wettbewerbsfähigen und innovativen Mittelstand.

- Attraktive Ausbildungsplätze sind mit attraktiven, regional erreichbaren Berufsschulstandorten zu untersetzen.
- Es darf keine weitere Ausdünnung der Berufsschullandschaft erfolgen.
- In Bildungsqualität investieren!
Ausbildungsqualität muss von frühkindlicher Bildung über Schule sowie Berufs- und Studienabschluss verbessert werden.
- Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss und mangelnde Ausbildungsreife ist zu reduzieren.
- Der Übergang von Schule in Ausbildung oder Studium muss strukturiert erfolgen. Das Landeskonzept für den Übergang Schule – Beruf ist konsequent umzusetzen.
- Eine tatsächliche 100 %ige Unterrichtsversorgung an den Beruflichen Schulen ist sicherzustellen. Die Entwicklung zu Regionalen Beruflichen Bildungszentren ist fortzusetzen.
- Die Budgetfixierung der Landesregierung muss beendet werden. Die Personalplanung des Landes muss sich an den bildungspolitischen Herausforderungen messen lassen. Die Personal- und Sachausstattung der Schulen muss quantitativ und qualitativ dem Auftrag entsprechen.

3. Breitbandausbau zügig und bedarfsgerecht vorantreiben

Die Breitbandversorgung ist für die wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung und im Standortwettbewerb wichtige Entwicklungsgrundlage. Für alle Wirtschaftsbereiche ist sie zunehmend notwendige Arbeitsbedingung und erschließt neue Geschäftsfelder. Aber auch in ländlich strukturierten Gebieten kommt der Nutzbarkeit der neuen Medien die Rolle zu, negative Wirkungen des demografischen Wandels abfedern zu können. Eine Strategie zum zügigen und effektiven Ausbau ist notwendig.

Vertretung der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

4. Verkehrsinfrastruktur verbessern!

Der Ausbau sowie Erhalt der Verkehrsinfrastruktur muss im Auge behalten werden. Die dem Land zur Verfügung stehenden Mittel müssen zum Erhalt und zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur konsequent eingesetzt werden. Die im Bundesverkehrswegeplan 2030 aufgenommenen Vorhaben müssen zügig umgesetzt werden. Insbesondere sind ausreichende Planungskapazitäten und Planungsmittel zur Verfügung zu stellen. Für die für den Bundesverkehrswegeplan gemeldeten und nicht berücksichtigten Vorhaben müssen zur Entwicklung der Standortattraktivität alternative Verbesserungsmöglichkeiten gesucht werden.

5. Industrie- und Innovationsstandort stärken!

Die industrielle Wertschöpfungslücke kann nur geschlossen werden, wenn Ansiedlungspolitik, Unternehmens- und Innovationsförderung sowie Wissenschaftspolitik ineinander greifen. Die Bedeutung der Industrie für Mecklenburg-Vorpommern muss sich in einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Industriepolitik, begleitet von einer Image-Kampagne, niederschlagen. Insbesondere die vorhandene KMU-Struktur verlangt daher nach entbürokratisierter Innovationsförderung und leicht zugänglichem Technologietransfer.

6. Demografischer Wandel: Herausforderungen aktiv annehmen!

Potenziale zur Anhebung des Fachkräfteangebotes liegen in der Reduzierung von Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrechern, in der Erhöhung der Erwerbspartizipation von Menschen über 55 Jahre, in der Zuwanderung von Fachkräften, in der Steigerung der Arbeitszeit Teilzeitbeschäftigter, in einer verstärkten Aus- und Weiterbildungsqualifizierung sowie in der Überprüfung arbeitsmarktrechtlicher Regelungen und Abgaben.

7. Willkommenskultur: Weltoffenheit und Toleranz leben!

Zuwanderung ist eine Chance für Gesellschaft und Wirtschaft. Eine lokal verankerte und institutionalisierte Willkommenskultur für Neubürger kann die Standortattraktivität unseres Bundeslandes nachhaltig erhöhen.

8. Energiepolitik: Dialog sachlich führen!

Der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der damit einhergehende Netzausbau bedürfen einer breiten Akzeptanz in der Gesellschaft. Wir treten dafür ein, einen sachorientierten Dialog mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen zu führen. Der gemeinsame Austausch sachlicher Argumente ist die Grundlage zur Entwicklung anerkannter Lösungen.

9. Deregulierung: Bundesratsinitiative starten!

Rund 80% der die Unternehmen belastenden Vorschriften entstammen dem EU- oder dem Bundesrecht. Belastende Vorschriften haben nicht ab-, sondern zugenommen. So sind z.B. mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns neue Dokumentations- und Haftungsvorschriften zu beachten. Insbesondere die Haftungsregelungen erfordern vertragliche Absicherungen und Kontrollen, die von den Unternehmen nicht leistbar sind. Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sollte daher über den Bundesrat initiativ werden, um die Unternehmen unnötig belastende Rechtsvorschriften in Frage zu stellen.

Vertretung der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

10. Gesetzgebung: Regelungen realitätsnah, eindeutig, transparent und mittelstandsfreundlich gestalten!

Das unternehmerische Handeln darf nicht durch übermäßige Regelungen belastet werden. Im Dialog mit der Wirtschaft und unter strikter Anwendung des Mittelstandsförderungsgesetzes MV sollte die Gesetzgebung überprüft und gemeinsam Lösungen entwickelt werden, die keine investitions- und beschäftigungshemmende Wirkung entfalten oder unverhältnismäßig hohen Aufwand für kleine und mittelständische Unternehmen verursachen.

11. Kommunale Steuern und Abgaben: Keine Tourismusabgabe einführen und falsche Anreize beseitigen!

Die bisherigen Instrumentarien für die Finanzierung der Tourismuswerbung und der touristischen Infrastruktur auf kommunaler Ebene sind ausreichend und sollten genutzt werden. Der Einführung neuer Abgaben wie der sog. Tourismusabgabe bedarf es nicht. Landesrechtliche Anreize zur Erhöhung von Gewerbe- und Grundsteuern gefährden den Wirtschaftsstandort und sind zu streichen.

12. E-Government: Ausbau einheitlich voranbringen!

Die Umstellung von Verwaltungsdienstleistungen in elektronischer Form muss auf allen föderalen Ebenen auf Grundlage einheitlicher Standards erfolgen. Digitale Angebote sollten verstärkt angeboten werden, da sie in einem Flächenland wie MV besonders zur Entlastung der Unternehmen beitragen können. Es sind Alternativen zu bestehenden Schriftformerfordernissen zu finden. Ziel muss eine einfachere und medienbruchfreie Kommunikation für alle Beteiligten sein.